

Das bedeutet der Rechtsruck im Schweizer Parlament für Liechtenstein

Europaexperte Baur erklärt, warum der europapolitische Stillstand in der Schweiz auch Liechtensteiner Tiefkühlpizzas betreffen könnte.

Elias Quaderer

Das Schweizer Parlament rückt nach rechts: Mit einem Zugeschwind von neun Nationalratssitzen ist die SVP die grosse Gewinnerin der Wahlen vom vergangenen Sonntag. Ein Ergebnis, das auch Liechtenstein nicht kalt lassen sollte, meint Georges Baur vom Liechtenstein-Institut. Denn für den Rechtsexperten und Ex-Diplomaten ist klar: Das Erstarken der europakritischen SVP dürfte ein Abkommen zwischen der EU und der Schweiz noch schwieriger machen. Und sollte die europapolitische Hängepartie der Schweiz weitergehen, könnte dies mittelfristig auch Folgen für Liechtenstein haben – insbesondere für die hiesige Lebensmittelindustrie.

Beziehungen EU-Schweiz bröckeln auseinander

Der Hintergrund dieser Hängepartie ist, dass die EU ihre Beziehungen zur Schweiz auf eine neue Grundlage stellen möchte. Anstelle der bisherigen bilateralen Verträge will die Union einen Rahmenvertrag mit der Schweiz, um institutionelle Fragen zu klären. Doch im Mai 2021 hat der Bundesrat die Verhandlungen für ein solches Ab-



Georges Baur geht davon aus, dass nun ein Abkommen Schweiz-EU noch schwieriger wird.

Bild: Daniel Ospelt

kommen abgebrochen. Seither hängt die Neuordnung der Beziehungen Schweiz-EU in der Luft. Ein Umstand, der immer stärker zu Unsicherheiten bei Schweizer Unternehmen führt. Denn solange kein Rahmenabkommen steht, werden auch die bestehenden bilateralen Abkommen zwischen der EU

und der Schweiz nicht mehr weiterentwickelt und erodieren schliesslich.

Was dies bedeutet, bekamen bereits die Schweizer Medizintechnikunternehmen zu spüren: Seit Mai 2021 haben sie keinen privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt mehr, weil die EU ein entsprechendes Abkommen

mit der Schweiz nicht mehr aktualisiert hat.

Schwaches Abschneiden der Europafreunde

Nach dem Verhandlungsabbruch zum Rahmenvertrag herrschte für eine Weile europapolitischer Stillstand in Bern. Doch nun will es der Bundesrat erneut versuchen: Bis Ende Jahr soll ein Entschluss fallen für ein Verhandlungsmandat des Bundesrats mit Brüssel. Und im Frühjahr 2024 soll mit den offiziellen Verhandlungen für ein Abkommen begonnen werden.

Doch Experte Baur glaubt, dass es dieses Mal für die Schweiz noch schwieriger werden könnte. «Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die SVP stärker geworden ist. Sondern auch damit, dass die Grünliberalen und die FDP bei den Wahlen schwach abschnitten. Diese zwei Parteien haben sich am stärksten für einen Deal mit der EU eingesetzt.»

Um ein Abkommen zustande zu bringen, müsse der Bundesrat nun alle Kräfte jenseits der SVP an Bord holen. Das heisst vor allem: Die Gewerkschaften und die SP sind stärker einzubinden. Aber um den Linken das Abkommen schmack-

haft zu machen, müsste die EU der Schweiz Konzessionen im Bereich Lohnschutz machen. «Und das erschwert wiederum die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU», so der Forscher am Liechtenstein-Institut.

Pizza nach EWR-Recht und Pizza nach Schweizer Recht

Aber weshalb ist eine Europa-Hängepartie in der Schweiz ein Problem für Liechtenstein? Dies liegt daran, dass das Fürstentum als EWR-Mitglied einerseits Teil des EU-Binnenmarkts ist. Andererseits ist es über den Zollvertrag auch in den Schweizer Wirtschaftsraum eingebunden. «In gewissen Punkten kann es also auch uns treffen, wenn Abkommen zwischen der EU und der Schweiz nicht weitergeführt und damit obsolet werden», erklärt Baur. Ein Beispiel dafür ist der Lebensmittelexport: In Liechtenstein gilt derzeit das Schweizer Lebensmittelrecht. Damit hängt das Land auch am Abkommen zwischen Brüssel und Bern, wonach Schweizer Lebensmittel gleichwertig zu jenen der EU behandelt werden. Sollte dieses Abkommen nun erodieren, würde Liechtenstein wohl das Lebensmittelrecht des EWR einführen, um den Zugang zum

EU-Binnenmarkt zu behalten. Aber auf die Liechtensteiner Lebensmittelindustrie käme ein deutlicher Zusatzaufwand zu: Sie müssten künftig nach zwei unterschiedlichen Qualitätskriterien produzieren. «Die Hilcona müsste ihre Tiefkühlpizza einmal nach EWR-Recht herstellen, wenn sie die Pizza in den EWR-Raum exportieren will. Und einmal nach Schweizer Recht, wenn sie die Pizza in die Schweiz exportieren möchte», erläutert Baur.

Der Rechtsexperte räumt zwar ein: «Das ist alles noch abstrakt und keinesfalls sicher, dass es so eintreten wird.» Dennoch handle es sich um eine Gefahr, die im Hintergrund lauer.

Frage bleibt: Wie wird der neue Bundesrat handeln?

Letztlich hält Baur aber fest, dass es weniger am Nationalrat, sondern vielmehr am Bundesrat liege, ob und wie es in der Europafrage weitergeht. Darum gelte es auch zunächst die Bundesratswahlen im Dezember abzuwarten. Vieles spreche aber dafür, dass der Bundesrat weiterhin «furchtsam» agieren werde. «Das Wahlergebnis vom Sonntag hat ihn ja nicht gerade zu einem anderen Vorgehen ermutigt.»